

**Bedarfsanalyse zur Situation
von rumänischen und bulgarischen Staatsbürger*innen
in Berlin**

*im Rahmen der
„Anlaufstelle für europäische Roma.
Konfliktintervention gegen Antiziganismus“*

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung

1.1. Amaro Foro e.V.

1.2. Bedarfsanalyse zur Situation von rumänischen und bulgarischen Staatsbürger*innen in Berlin

1.3. Methoden/Rahmenbedingungen

2. Ausgangssituation von in Deutschland bzw. in Berlin lebenden rumänischen und bulgarischen Staatsbürger*innen

2.1. Situation in den Herkunftsländern

2.2. Auswanderungsgründe

2.3. Situation in Deutschland bzw. Berlin

2.4. Wohnsituation

2.5. Beschäftigung/Gesundheitsversorgung

2.6. Bildung

3. Datenerhebung und Datenanalyse der Befragung von Klient*innen der Anlaufstelle von Amaro Foro e.V.

3.1. Vorstellung des Befragungsverfahrens

3.2. Wohnsituation

3.3. Beschäftigung/Gesundheitsversorgung

3.4. Bildung

3.5. Integration im Wohnumfeld/Umgang mit Behörden

3.6. Befragung der Mitarbeiter*innen der Anlaufstelle

4. Handlungsempfehlungen/Schlusswort

5. Anhang

- Fragebogenexemplar

1. Einleitung

1.1. Amaro Foro e.V.

Amaro Foro e.V. („Unsere Stadt“) ist die Berliner Gliederung von Amaro Drom e.V. und wurde im Jahr 2010 gegründet. Durch offene Jugendarbeit werden junge Rom*nja¹ in ihrem Empowerment unterstützt und motiviert, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren. Außerdem setzt der Verein das deutschlandweit einzigartige Projekt „Dokumentation von antiziganistisch² motivierten Vorfällen“ um, in dem antiziganistische Diskriminierungen systematisch erfasst und veröffentlicht werden; die Betroffenen werden bei Interventionen unterstützt, wenn sie es möchten. Amaro Foro ist außerdem Träger des Projektes „Maßnahme zur Stärkung der Selbstorganisation ausländischer Roma in Berlin durch Community Building“. Es dient der Vernetzung der Berliner Roma-Migrantenselbstorganisationen und der Stärkung ihrer Strukturen nach innen und außen. Zahlreiche öffentliche Veranstaltungen wie etwa das jährliche Straßen- und Kulturfestival Herdelezi sind inzwischen fester Bestandteil der Berliner Veranstaltungskalender.

Seit 2011 bietet Amaro Foro e.V. in Berlin praktische Unterstützung u.a. im Rahmen einer Anlaufstelle, schwerpunktmäßig für rumänische und bulgarische Staatsbürger*innen. Die Angebote der Anlaufstelle werden sowohl von Rom*nja wie auch von Nicht-Rom*nja aus diesen zwei EU-Ländern in Anspruch genommen. Dabei orientiert sich die Anlaufstelle am Bedarf der Menschen und fungiert als Brücke zwischen bereits bestehenden Angeboten und den Selbsthilfepotenzialen der Klient*innen. Die Beratung bzw. die Begleitung kann auf Romanes, Rumänisch oder Bulgarisch stattfinden.

Schwerpunkt der Beratungsarbeit ist die Vermittlung in bereits bestehende Unterstützungssysteme und Regeldienste. Neben der kostenlosen Beratung werden noch Begleitungen mit Sprachmittlung bei sozialen Einrichtungen, Einrichtungen der Bildungs- und Gesundheitsversorgung und Behörden, Vermittlungsberatung zu anderen Beratungsstellen und Einrichtungen ebenso wie aufsuchende Sozialarbeit und Interventionen im öffentlichen Raum angeboten.

Das Projekt wird von der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen und seit 2016 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) durch den Europäischen Hilfsfonds für am stärksten benachteiligte Personen (EHAP) gefördert.

Weitere Informationen zu der Arbeit und den Angeboten von Amaro Foro e.V. können der offiziellen Homepage des Vereins (<http://amaroforo.de/>) entnommen werden.

¹ Wir verwenden den Begriff „Roma“ als die am weitesten verbreitete Selbstbezeichnung (Singular: Rom/Romni, Plural: Roma/Romnja) und haben uns deshalb im Sinne eines geschlechtersensiblen Schreibens für die gegenderte Pluralform „Rom*nja“ entschieden.

² Als Antiziganismus bezeichnet man das historisch tief verwurzelte Ressentiment der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Menschen, die Rom*nja sind oder als solche wahrgenommen werden. Dazu gehören bestimmte rassistische Stereotype und Zuschreibungen; es gibt verschiedenste Erscheinungsformen auf diskursiver, struktureller und individueller Ebene.

1.2. Bedarfsanalyse zur Situation von rumänischen und bulgarischen Staatsbürger*innen in Berlin

Die vorliegende Analyse stellt zum einen eine Bedarfsermittlung der Bedürfnisse der in Berlin lebenden rumänischen und bulgarischen Staatsbürger*innen dar, die die unterschiedlichen Angebote der Anlaufstelle von Amaro Foro e.V. wahrnehmen, und versucht zum anderen, Handlungsempfehlungen in Bezug auf diese Bedürfnisse zu formulieren.

Hauptzweck dieser Bedarfsanalyse ist es, die Bedürfnisse und möglicherweise auch die Anforderungen der rumänischen und bulgarischen Staatsbürger*innen (insbesondere der Klient*innen der Beratungsstelle von Amaro Foro e.V.) festzustellen und zu spezifizieren. Gesellschaftliche Prozesse und Konstrukte sind dynamisch und die sozioökonomische und politische Situation befindet sich im andauernden Wandel. Diese Bedarfserhebung nimmt Bezug auf diese veränderbaren Faktoren, versucht sie zu analysieren und dabei eine Momentaufnahme zu erstellen.

Alle im Beratungsprozess beteiligten Personen, sowohl Klienten*innen wie auch beratende Akteur*innen (Mitarbeiter*innen der Beratungsstelle), haben die Gelegenheit bekommen, selbst zu Wort zu kommen. Alle Daten und Aussagen werden analysiert und ausgewertet und daraus werden Handlungsempfehlungen formuliert. Diese sollen einerseits zur Optimierung und gegebenenfalls zur Entwicklung eines bedarfsgerechteren Beratungskonzepts und andererseits zum weiteren Ausbau von Unterstützungssystemen beitragen.

1.3. Methoden/Rahmenbedingungen

Für die Erstellung der vorliegenden Bedarfsanalyse wurden verschiedene Methoden, sowohl indirekte wie auch direkte, angewendet. Es fanden Internetrecherchen statt, außerdem wurden offizielle Statistiken und aktuelle Studien zur Thematik berücksichtigt. Expert*innen, in diesem Fall die Mitarbeiter*innen der Beratungsstelle von Amaro Foro e.V., wurden zu ihren Erfahrungen aufgrund der langjährigen beratenden Tätigkeit in diesem Kontext befragt.

Den Hauptbestandteil dieser Datenerhebung stellte natürlich die Befragung der Klient*innen der Beratungsstelle dar. Es wurde ein Fragebogen zu unterschiedlichen Themen erstellt (ein Exemplar davon ist im Anhang zu finden) und den Klient*innen in einem bestimmten Zeitraum (vom 10.11.2016 bis zum 10.12.2016) zum Ausfüllen zur Verfügung gestellt.

Ein Teil der Fragebögen wurde direkt von Klient*innen und die restlichen mit Hilfe der Mitarbeiter*innen der Beratungsstelle ausgefüllt. Dabei dienten die Fragebögen oft als Anlass für offene Gespräche mit Klient*innen, in deren Rahmen viele der Befragungsthemen ausführlich diskutiert und erläutert werden konnten. Alle Gespräche bzw. alle darin erhobenen Daten wurden anonym erfasst.

Für weitere Details diesbezüglich siehe Kapitel 3.

2. Ausgangssituation von in Deutschland bzw. in Berlin lebenden rumänischen und bulgarischen Staatsbürger*innen

2.1. Situation in den Herkunftsländern

Seit dem 1.1.2014 gilt die volle EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit für Staatsbürger*innen aus Rumänien und Bulgarien. Dadurch „entfachte erneut eine seit Jahren kontrovers geführte Diskussion um eine angeblich unverhältnismäßige Inanspruchnahme der Neuzugewanderten von Sozialleistungen“ und um die sogenannte „Armutsmigration“³.

Der Begriff der „Armutsmigration“ (gelegentlich auch als „Romamigration“ zu finden) im Zusammenhang mit der Einwanderung aus Rumänien und Bulgarien kennzeichnet nicht nur die mediale Berichterstattung seit dem EU-Beitritt beider Länder, sondern bestimmt Politik sowohl auf kommunaler wie auch auf Landes- und Bundesebene. In dieser Debatte werden die Hintergründe der Migration meist nur oberflächlich analysiert; stattdessen kommt es häufig zu einer Reproduktion von Stereotypen und Vorurteilen. De facto pflegt allerdings die Bundesrepublik Deutschland traditionell gute und enge finanzielle, politische und kulturelle Beziehungen zu Rumänien und Bulgarien.

2.2. Auswanderungsgründe

Ökonomische Aspekte tragen zweifellos zu der Zuwanderung von Menschen bei. Offiziell gilt Bulgariens als ärmstes EU-Land mit rund 46 Prozent des durchschnittlichen EU-BIP pro Kopf. Laut aktuellen Informationen des Auswärtigen Amtes beträgt das Bruttoinlandsprodukt Bulgariens rund 44,2 Mrd. Euro und damit etwa 1,5 Prozent des deutschen BIP.

Der durchschnittliche Arbeitslohn beträgt aktuell ca. 482 Euro und die Arbeitslosigkeit lag in den letzten zwei Jahren zwischen 8 und 9 Prozent.⁴

Nach Bulgarien gilt Rumänien „mit 55 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens der EU“ als zweitärmstes Land der EU. Laut dem Auswärtigen Amt lag zwar die offiziell registrierte Arbeitslosenquote Ende 2015 bei 4,9 Prozent, allerdings liegt laut ILO (International Labor Organisation) diese Quote deutlich höher, da unter anderem in der Landwirtschaft saisonal Tätige nicht als arbeitslos registriert werden.⁵

³ <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/newsletter/176533/fakten-zur-einwanderung>

⁴ http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Bulgarien/Wirtschaft_node.html

⁵ http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Rumaenien/Wirtschaft_node.html

Die Arbeitslosigkeit in den Herkunftsländern stellt allerdings nur einen von unterschiedlichsten Migrationsgründen dar. Einen weiteren Auswanderungsgrund für junge Rumän*innen und Bulgar*innen stellen Studium und Ausbildung dar. Dem Auswärtigem Amt zufolge stellen allein Bulgar*innen „... mit rund 7.000 Studierenden traditionell eine der größten Gruppen ausländischer Studierender an deutschen Universitäten und Hochschuleinrichtungen“. Dieser wissenschaftliche Austausch wird durch Deutschland stark gefördert. Bildungsinstitutionen, wie der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die Alexander-von-Humboldt-Stiftung unterstützen nicht nur den Aufbau deutschsprachiger Studiengänge, sondern fördern junge bulgarische Studierende und Wissenschaftler*innen auch durch Stipendien.⁶

*„In Bulgarien gibt es zudem derzeit fünf deutschsprachige Studiengänge, die personell und finanziell von Deutschland gefördert werden. Eine beachtliche Zahl bulgarischer Wissenschaftler und Studenten ist an Einrichtungen in Deutschland tätig“.*⁷Neben Arbeitssuchenden, Studierenden und Wissenschaftler*innen migrieren auch viele bulgarische und rumänische Künstler*innen und Kulturschaffende.

Ähnlich wie in Bulgarien werden in Rumänien der wissenschaftliche Austausch und die Förderung der deutschen Sprache im Schulwesen stark durch Deutschland unterstützt. So wird die deutsche Sprache bereits in ca. 150 Kindergärten und 80 Schulen vermittelt und in rumänischen Universitäten werden 45 deutschsprachige Fachstudiengänge angeboten. Dazu wird rumänischen Studierenden durch das Deutsche Sprachdiplom (DSD) das Studium an deutschen Universitäten ermöglicht.⁸

Unter den bulgarischen und rumänischen Staatsbürger*innen, die in den letzten Jahren nach Deutschland eingewandert sind, befinden sich auch Menschen mit Roma-Hintergrund. Viele Angehörigen der Roma-Minderheit sind in ihren Herkunftsländern Diskriminierung und starker Benachteiligung ausgesetzt. In einer aktuellen Studie der Sozialfabrik e.V. in Kooperation mit Amaro Foro e.V. mit dem Titel *Förderprognose: Negativ* (Berlin, 2015) sind viele Hintergrundinformationen zu der Situation von Menschen aus Rumänien und Bulgarien zu finden, die als Rom*nja wahrgenommen werden.

⁶ http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Bulgarien/Bilateral_node.html

⁷ http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Bulgarien/Kultur-UndBildungspolitik_node.html

⁸ http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Rumaenien/Kultur-UndBildungspolitik_node.html

Die Roma-Minderheit in Bulgarien macht je nach Erhebung zwischen 5 und 10 Prozent der Bevölkerung aus. Durch die verbreitete Diskriminierung von Seiten der Mehrheitsgesellschaft werden sie nicht nur sozial ausgegrenzt, sondern sind häufig auch von Armut bedroht. Beispielsweise besucht die überwiegende Mehrheit der Roma-Kinder Sonderschulen, was den Übergang zu Ausbildungen bzw. zum Arbeitsmarkt deutlich erschwert. Dementsprechend befinden sich nur etwa 35 Prozent der zwischen 24- und 60-jährigen Rom*nija in einem regulären Arbeitsverhältnis. Ein weiteres Beispiel für ihre Benachteiligung im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft lässt sich im Gesundheitswesen finden, denn fast jede*r Zweite verfügt über keine Krankenversicherung.

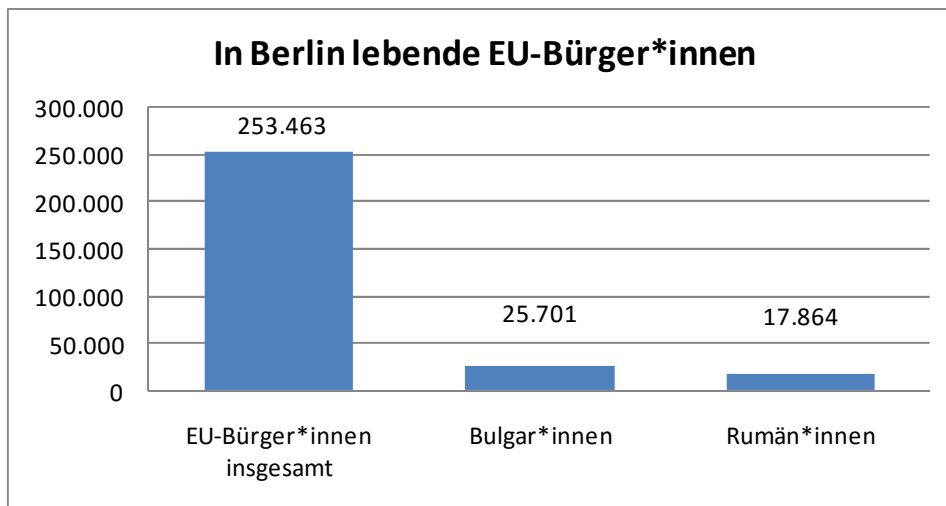
In Rumänien machen Rom*nija schätzungsweise 4 bis 8 Prozent der rumänischen Bevölkerung aus und werden mit ähnlichen diskriminierenden Umständen wie in Bulgarien konfrontiert. So leben laut EU und UN 81 Prozent der rumänischen Rom*nija in ärmlichen Verhältnissen und auch der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt gestaltet sich äußerst problematisch, während die Gesundheitsversorgung sogar als katastrophal bezeichnet werden kann. Somit lässt sich feststellen, dass die rassistische Diskriminierung der Rom*nija sowohl in Bulgarien als auch in Rumänien nicht nur eine alltägliche Erscheinung darstellt, sondern auch institutionell verfestigt ist. Aufgrund dieser Verhältnisse kommt es insbesondere bei der Gruppe der rumänischen und bulgarischen Rom*nija zu einem starken Migrationsdrang.⁹

2.3. Situation in Deutschland bzw. Berlin

Bulgarien und Rumänien sind am 1. Januar 2007 der EU beigetreten und seit dem 1. Januar 2014 gilt auch in Deutschland die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Staatsbürger*innen dieser zwei Länder. Laut BAMF ist durch die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes die Zahl der Zugewanderten in Deutschland deutlich gestiegen. Offiziell lebten zum 30. April 2014 insgesamt 159.000 bulgarische und 295.000 rumänische Staatsangehörige in Deutschland.¹⁰

⁹ „Förderprognose: Negativ“. Eine Bestandsaufnahme zur Diskriminierung von Bulgar_innen und Rumän_innen mit zugeschriebenem oder tatsächlichem Rom_nija-Hintergrund in Deutschland. Berlin 2015.

¹⁰ „Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien“. Forschungsbericht 24. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2014, S. 5.



Im September 2016 ist der aktuelle statistische Bericht vom „Amt der Statistik Berlin Brandenburg“ erschienen. In diesem Bericht werden unter anderen die Daten von ausländischen Einwohner*innen in Berlin erfasst. Aktuell (30. Juni 2016) leben in Berlin 25.701 bulgarische und 17.864 rumänische Staatsbürger*innen.¹¹ Unter ihnen befinden sich Migrant*innen mit Roma-Hintergrund. Doch da in Deutschland die offiziellen Migrationsstatistiken nicht nach „ethnischen Gruppen“ unterscheiden dürfen, ist ihre genaue Erfassung nicht möglich.

Viele in Deutschland eingewanderte rumänische und bulgarische Staatsbürger*innen werden mit Misstrauen und Diskriminierung von Seiten der Mehrheitsgesellschaft und den Behörden konfrontiert. Insbesondere von Armut bedrohte bulgarische und rumänische Migrant*innen sind sowohl von sozialer Ausgrenzung wie auch von Diskriminierung auf institutioneller Ebene betroffen.

2.4. Wohnsituation

Schon seit Jahren berichten Klient*innen der Beratungsstelle von Amaro Foro e.V. von großen Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche. Selbst diejenigen, die über eine Arbeitsstelle bzw. ein reguläres Einkommen verfügen, haben es auf dem Wohnungsmarkt schwer.

Die Bewerbungsverfahren für die Anmietung einer Wohnung verlaufen in der Regel intransparent und viele bulgarische oder rumänische Migrant*innen werden aus nicht nachvollziehbaren Gründen abgelehnt.

¹¹ Statistischer Bericht A I 5 – hj 1 / 16. Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 30. Juni 2016. Amt für Statistik Berlin Brandenburg, Potsdam 2016, S. 21.

Bulgar*innen und Rumän*innen mit geringem Einkommen sind somit gezwungen, sich in sogenannten sozialen „Brennpunkten“ und marginalisierten Stadtteilen anzusiedeln, da sie keine Möglichkeit haben, woanders eine Wohnung zu bekommen. Darüber hinaus werden diese Menschen oft Opfer betrügerischer Wohnungsvermittler bzw. Wohngesellschaften und haben dann keine andere Wahl, als heruntergekommene Wohnungen oder sogenannte Schrottimmobilien zu mieten.

Noch dramatischer ist die Situation für viele in Armut lebende bulgarische und rumänische Migrant*innen, die unmittelbar von der Obdachlosigkeit bedroht sind und in Autos, Parks oder weiteren selbstorganisierten „Unterkünften“ übernachten müssen. Die Übernachtung in Berliner Notunterkünften, wo meistens ohnehin katastrophale Bedingungen herrschen, ist für die meisten ohne Kostenübernahme durch das Jobcenter oder Sozialamt nur begrenzt möglich.

Diese prekären Wohnbedingungen bedienen Vorurteile und Stereotype, welche Anspannungen und Konflikte in den Nachbarschaften zur Folge haben können. Ein kurzer Videospot von Amaro Foro e.V. beschreibt und thematisiert diese äußerst problematischen Umstände:

<https://www.youtube.com/watch?v=91utjuoBPCQ>

2.5. Beschäftigung/Gesundheitsversorgung

Seit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens und insbesondere seit dem 1.1.2014 hat sich die berufliche Situation der bereits in Deutschland lebenden Migrant*innen aus diesen Ländern verbessert. Viele bekamen die Möglichkeit, aus der Selbstständigkeit in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis zu wechseln. Rumänische und bulgarische Arbeitnehmer*innen verdienen allerdings nach wie vor im Durchschnitt wesentlich weniger als Beschäftigte aus anderen EU-Ländern.¹²

Für manche Rumän*innen und Bulgar*innen und vor allem für viele Rumän*innen und Bulgar*innen, die als Rom*nja wahrgenommen werden, gelten in der Regel noch deutlich schlechtere Beschäftigungsbedingungen, da viele von ihnen unangemeldeten Tätigkeiten nachgehen müssen. Dies führt zu Unterbezahlung und Ausbeutung ihrer Arbeitskraft.

Darüber hinaus verfügen diese Beschäftigten über keine Krankenversicherung, was die Verschlechterung ihrer Gesundheitsversorgung zur Folge hat.¹³

¹² „Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien“. Forschungsbericht 24. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2014, S. 5.

¹³ „Förderprognose: Negativ“. Eine Bestandsaufnahme zur Diskriminierung von Bulgar_innen und Rumän_innen mit zugeschriebenem oder tatsächlichem Rom_nja-Hintergrund in Deutschland. Berlin 2015, S. 21.

Nach offiziellen Angaben des *Bundesamts für Migration und Flüchtlinge* waren zum 30. Juni 2014 insgesamt 185.125 bulgarische und rumänische Staatsangehörige in Deutschland sozialversicherungspflichtig und weitere 63.395 ausschließlich geringfügig beschäftigt.¹⁴

Zum selben Zeitpunkt waren in Deutschland laut *Bundesagentur für Arbeit* insgesamt 10.843 Arbeitslose mit bulgarischer Staatsangehörigkeit und 10.972 mit rumänischer Staatsangehörigkeit gemeldet. Im Berliner Raum waren davon 1.277 Bulgar*innen betroffen, was einen Anteil von 11,8 Prozent aller in Berlin lebenden bulgarischen Staatsbürger*innen ausmacht und 2,7 Prozent der in Berlin lebenden Migrant*innen. Bei den Rumän*innen waren 554 Arbeitslose in Berlin registriert. Dies macht 5 Prozent der Berliner Rumän*innen aus und 1,2 Prozent der in Berlin lebenden Migrant*innen.

In Berlin gemeldete Arbeitslose mit bulgarischer Staatsangehörigkeit:

<i>Anzahl</i>	<i>Anteil an allen Bulgaren (in %)</i>	<i>Anteil an allen Ausländern (in %)</i>
1.277	11,8	2,7

In Berlin gemeldete Arbeitslose mit rumänischer Staatsangehörigkeit:

<i>Anzahl</i>	<i>Anteil an allen Rumänen (in %)</i>	<i>Anteil an allen Ausländern (in %)</i>
554	5,0	1,2

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2014c (zum 30.06.2014). Siehe „Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien“. Forschungsbericht 24. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2014, S. 94.

2.6. Bildung

Die Bildungs- und Ausbildungssituation von rumänischen und bulgarischen Kindern mit und ohne Roma-Hintergrund lässt sich deutschlandweit als problembehaftet beschreiben. Durch die Zuwanderung von zahlreichen Familien mit Kindern im Schulalter und aufgrund von fehlenden Strukturen und Personal schaffen es viele Kommunen nicht, den Schulbesuch dieser schulpflichtigen Kinder vollständig zu gewährleisten.

So findet eine Benachteiligung in der Bildung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen aus dem rumänischen und bulgarischen Raum durch lange Wartezeiten bei der Schulplatzvergabe statt. Häufig werden die neu zugewanderten, schulpflichtigen Kinder und Jugendliche in Willkommensklassen untergebracht, die sich nicht in unmittelbarer Wohnnähe befinden und somit einen regelmäßigen, erfolgreichen Schulbesuch erschweren.

¹⁴ „Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien“. Forschungsbericht 24. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2014, S. 90.

Auffällig ist ebenfalls, dass doppelt so viele Kinder in der Primarstufe sind wie in der Sekundarstufe. Deshalb stellt sich die Frage, aus welchen Gründen viele Schüler*innen, die als Rom*nja wahrgenommen werden, im Berliner Raum ihre schulische Laufbahn nach der Primarschule nicht fortsetzen und wieso keine Maßnahmen zur Beseitigung dieses Missstandes eingeleitet werden.

Bei den über 16-Jährigen fällt die schulische Bildung durch die fehlende Schulpflicht in der Regel komplett weg, wodurch kein anerkannter deutscher Schulabschluss erlangt wird, was letztendlich den Zugang zu Ausbildungen und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt erschwert.

Neben den strukturellen Problemen mit denen die Kinder und Jugendlichen konfrontiert werden, erfahren insbesondere bulgarische und rumänische Schüler*innen, die als Rom*nja wahrgenommen werden, durch antiziganistische Diskriminierung Benachteiligung in der schulischen Laufbahn. Diese aufgezählten Punkte stellen nur eine kleine Auswahl der erschwerenden Faktoren der Situation von bulgarischen und rumänischen Kindern und Jugendlichen, die als Rom*nja wahrgenommen werden, in der deutschen Bildungslandschaft dar.¹⁵

¹⁵ „Förderprognose: Negativ“. Eine Bestandsaufnahme zur Diskriminierung von Bulgar_innen und Rumän_innen mit zugeschriebenem oder tatsächlichem Rom_nija-Hintergrund in Deutschland. Berlin 2015, S. 41-44, 54.

3. Datenerhebung und Datenanalyse der Befragung von Klient*innen der Beratungsstelle von Amaro Foro e.V.

3.1. Vorstellung des Befragungsverfahrens

Die Datenerhebung wurde auf Basis der Freiwilligkeit und der vollständigen Anonymität durchgeführt. Die Befragung der Klient*innen der Beratungsstelle von Amaro Foro e.V. fand in der Zeit vom 10.11.2016 bis zum 10.12.2016 in den Räumlichkeiten der Beratungsstelle statt.

Etwa die Hälfte der Fragebögen wurde direkt von den Klient*innen und die restlichen mit der Unterstützung bzw. Übersetzung der Beratenden ausgefüllt.

Diese Datenerhebung stellt keine repräsentative wissenschaftliche Studie dar und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie beabsichtigt viel mehr, die wichtigsten Themen bzw. Probleme der Zielgruppe hervorzuheben und dient als eine Momentaufnahme der Situation dieser Menschen in Berlin. Es wäre jedenfalls sinnvoll, eine umfangreichere wissenschaftliche Untersuchung bzw. Datenerhebung diesbezüglich durchzuführen.

Folgenden Themenbereiche wurden bei der Befragung behandelt:

- I. Wohnen**
- II. Arbeit**
- III. Gesundheit**
- IV. Bildung**
- V. Integration im Quartier**
- VI. Anbindung an Einrichtungen im Quartier**
- VII. Finanzielle Situation**
- VIII. Rechtliche Ansprüche**

Der vollständige Fragebogen ist im Anhang zu finden.

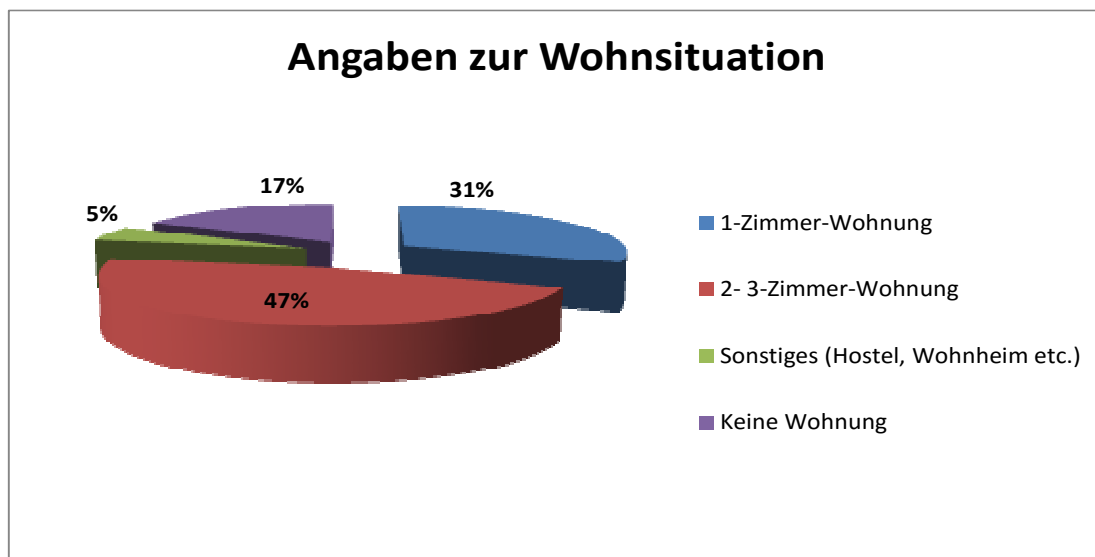
Insgesamt wurden zwar 41 Fragebögen ausgefüllt, aufgrund von mehreren fehlenden Angaben konnten allerdings nur 36 davon für diese Datenerhebung berücksichtigt werden. Von den Teilnehmer*innen der Befragung waren genau die Hälfte Frauen und die andere Hälfte Männer, darunter 20 bulgarische und 16 rumänische Staatsangehörige. Auch alle Altersgruppen waren dabei vertreten, die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer*innen war allerdings zwischen 19 und 44 Jahre alt. Diese statistischen Daten sind hauptsächlich von vereinsinternem Interesse und nicht von besonderer Relevanz für die Datenanalyse, denn, wie bereits erwähnt, bei dieser Bedarfsanalyse geht es um die Hervorhebung von Problemen und Bedürfnissen der Zielgruppe insgesamt. Diese Probleme sind in der Regel für viele Zugewanderte ähnlich, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunftshintergrund.

Die Ergebnisse der Datenerhebung können in vier Hauptkategorien eingeordnet und analysiert werden:

3.2. Wohnsituation

An erster Stelle muss erwähnt werden, dass im Rahmen dieser Datenerhebung bewusst keine wohnungslosen Klient*innen der Beratungsstelle angefragt wurden, an der Befragung teilzunehmen. Es sollte vermieden werden, diese Menschen weiter zu belasten, da sie aufgrund der Obdachlosigkeit ohnehin unter einer sehr hohen psychischen Belastung leiden. Nichtsdestotrotz gaben 6 von 36 (knapp 17 Prozent der Teilnehmer*innen an der Befragung) an, dass sie über keinen Wohnplatz verfügen.

Die überwiegende Mehrheit der Befragten wohnt in einer 2-Zimmer- bzw. 1-Zimmer-Wohnung. Hier ist eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse der Datenerhebung zur Wohnsituation:



Was sich aus der Datenerhebung noch ergibt, ist, dass in der Regel mehrere Menschen auf engem Raum leben. Sechs Befragte gaben beispielsweise an, dass sie zu dritt, zu viert oder sogar in einem Fall zu fünft eine 1-Zimmer-Wohnung teilen müssen. Viele Familien mit mindestens 2 Kindern müssen in einer ca. 60qm großen Wohnung leben.

Besonders auffallend ist außerdem, dass 20 von 30 Befragten, die über eine Wohnung verfügen, angegeben haben, dass sie bei der Wohnungssuche auf (teilweise große) Schwierigkeiten gestoßen sind.

Als Gründe dafür wurden unter anderem die sehr hohen Mietpreise, das niedrige Eigeneinkommen oder auch Diskriminierung genannt.

Einige Originalaussagen der Befragten:

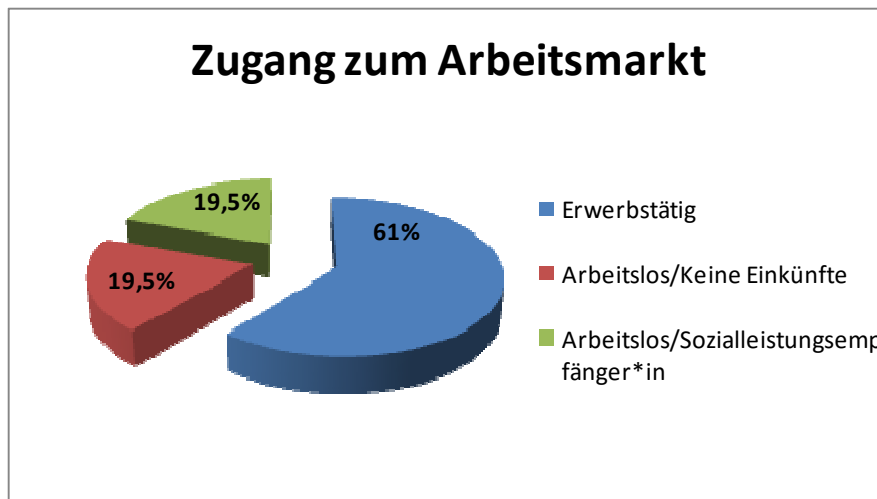
„Ich musste eine zu hohe Miete für zu kleine Zimmer bezahlen.“
„Ich bekomme keine Wohnung, weil ich einen bulgarischen Pass habe.“
„Ich habe die Wohnung durch Bestechung bekommen.“
„Sie wollten uns nicht und ich habe Geld bezahlt.“

3.3. Beschäftigung/Gesundheitsversorgung

Zwei weitere zentrale Themen, mit denen die Klient*innen wie auch die Beratenden der Beratungsstelle von Amaro Foro e.V. tagtäglich konfrontiert sind, sind der Zugang zum Berliner Arbeitsmarkt und die gesundheitliche Versorgung.

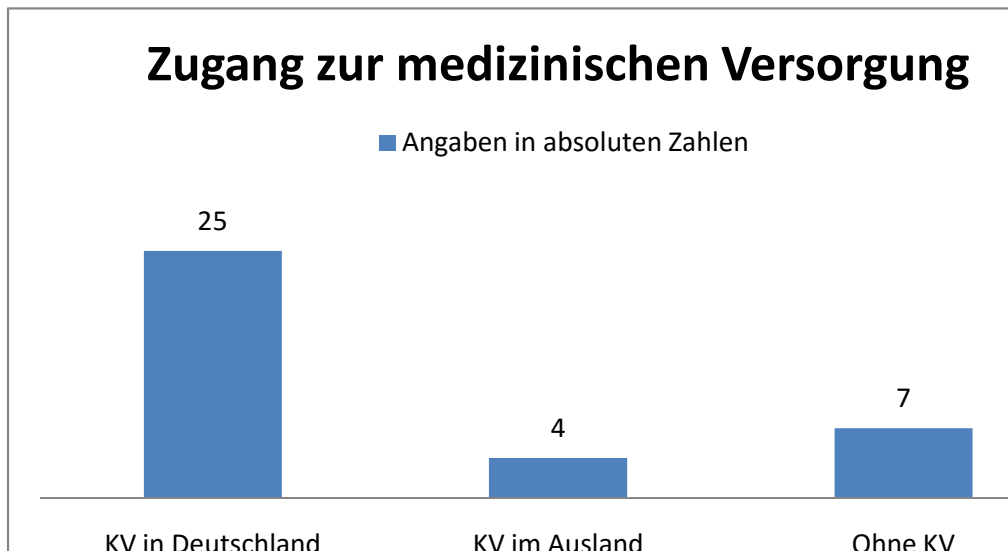
Was die Beschäftigungsmöglichkeiten der rumänischen und bulgarischen Teilnehmer*innen der Befragung anbelangt, ergab sich, dass 22 von 36 erwerbstätig in Berlin sind. Die meisten Arbeitenden sind als Reinigungskräfte beschäftigt.

Von den übrigen 14 Befragten, welche über keine Beschäftigung verfügen, bezieht genau die Hälfte Sozialleistungen. Die andere Hälfte deckt ihre Lebenshaltungskosten mit Hilfe von Familienmitgliedern bzw. Freunden oder verfügt über geringe Einkünfte durch gelegentliche Beschäftigungen oder durch das Einsammeln von Pfandflaschen.



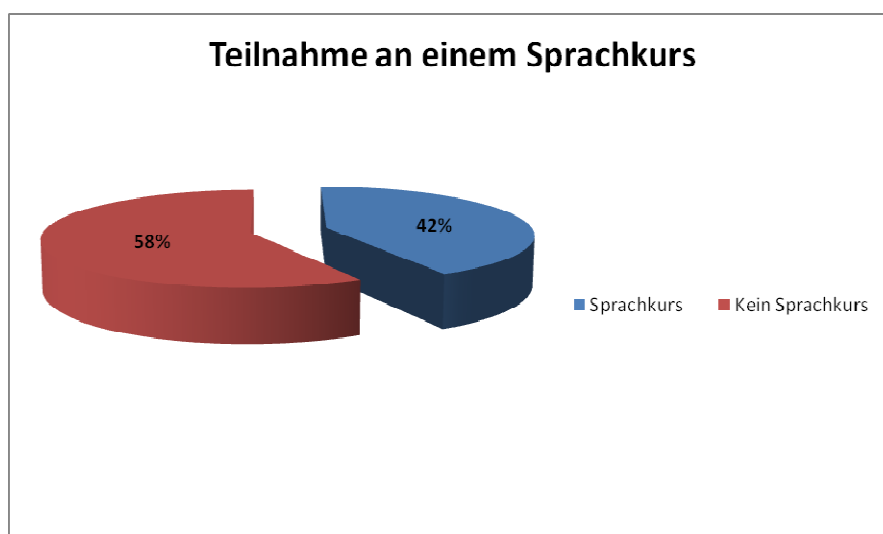
Äußerst problematisch für viele Klient*innen der Beratungsstelle von Amaro Foro e.V. ist der fehlende Zugang zur gesundheitlichen Versorgung. Das hat auch diese Datenerhebung bestätigt, denn fast ein Drittel aller Befragten gab an, dass sie in Deutschland nicht krankenversichert sind.

Besorgniserregend ist darüber hinaus, dass fast alle nicht darüber informiert sind, wo sie in Berlin trotzdem medizinisch versorgt und behandelt werden können. Von daher ist diesbezüglich aufklärende Beratungsarbeit wie auch der Ausbau von entsprechenden Angeboten von elementarer Bedeutung.



3.4 Bildung

Besonders interessant und gleichzeitig beunruhigend sind die Ergebnisse der Datenerhebung bezüglich der Teilnahme der Befragten an Sprachkursen. Die Teilnehmer*innen der Befragung halten den Erwerb der deutschen Sprache für besonders wichtig und gaben übereinstimmend an, dass sie an einem Sprachkurs teilnehmen würden, wenn sie die Möglichkeit hätten. Nichtsdestotrotz hat weit über die Hälfte aller Befragten während ihres bisherigen Aufenthalts in Berlin noch keinen Sprachkurs besucht. Darüber hinaus sind bei fast allen Befragten keine kostenlosen Sprachkurse bekannt.



Die fehlenden Deutschkenntnisse erschweren nicht nur erheblich den Alltag, sondern führen auch zu der Benachteiligung dieser Menschen und zu einer weiteren Verringerung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

In Bezug auf die Sprachkurse war bei der Befragung noch besonders auffallend, dass gleich mehrere Befragte Kritik im Hinblick auf die Struktur und die Qualität der entsprechenden Angebote geäußert haben. Es soll beispielsweise sehr häufig überfüllte Kurse geben, was dann eine erfolgreiche Unterrichtsgestaltung erschwert. Da außerdem in der Regel viele der Kursteilnehmer*innen wie auch der Dozent*innen einen arabischen/türkischen Sprachhintergrund haben, kommt es des Öfteren vor, dass im Unterricht viel Arabisch/Türkisch oder manchmal auf Englisch gesprochen wird. Auch die Kompetenz von Dozent*innen wurde gleich von mehreren der Befragten in Frage gestellt.

Solche Kommentare werden immer wieder auch von Klient*innen der Beratungsstelle von Amaro Foro e.V. gemacht und sie sollten aus unserer Sicht ernst genommen werden, indem dieser Kritik nachgegangen wird.

Bei der Befragung wurden im Rahmen der Rubrik Bildung noch weitere Daten erfasst und zwar im Hinblick darauf, ob die Kinder der Befragten einen Schul- bzw. Kindergartenplatz haben. Daraus hat sich ergeben, dass alle von den 13 schulpflichtigen Kindern in die Schule gehen, 8 davon besuchen eine Regelklasse und 5 eine sogenannte Willkommensklasse.

Bei den kleineren Kindern ist allerdings die Situation aufgrund von fehlenden Kita-Plätzen problematisch. Gleich 7 von 10 Befragten mit Kindern im Vorschulalter gaben an, dass ihre Kinder keine Kita besuchen. Manche machten keinen genaueren Angaben zu den Gründen, während 3 auf fehlende Kita-Plätze verwiesen. Die erfolglose Suche nach einem freien Kita-Platz ist für sehr viele Klient*innen der Beratungsstelle von Amaro Foro e.V. ein zentrales Anliegen. Aufgrund dieses Missstandes lässt sich außerdem vermuten, dass viele Eltern und vor allem junge Mütter kaum die Möglichkeit haben, selber einen Sprachkurs zu besuchen bzw. eine berufliche Perspektive zu erarbeiten und zu realisieren.



Angaben in absoluten Zahlen

3.5. Integration im Wohnumfeld/Umgang mit Behörden

Im Rahmen der vorliegenden Bedarfsanalyse wurden abschließend noch Daten zu der Integration von rumänischen und bulgarischen Migrant*innen in ihrem Wohnumfeld, ihrer Anbindung an Einrichtungen in ihrer Umgebung, ihrer Rechtslage und ihren Erfahrungen im Umgang mit behördlichen Institutionen erfragt. Dabei ging es unter anderen auch darum, die Stimmungslage und die emotionale Verfassung der Klient*innen der Beratungsstelle von Amaro Foro e.V. in Bezug auf ihr Leben in einem neuen Umfeld abzubilden. Denn viele Klient*innen besuchen die Beratungsstelle nicht nur, um Unterstützung für ein praktisches Anliegen zu bekommen, sondern auch, um Kontakt mit anderen Menschen aufzunehmen oder einfach um „gehört“ zu werden.

Der größte Teil der Befragten (21) gab an, dass sie keine sozialen Kontakte im direkten Wohnumfeld haben und die meisten von ihnen „fühlen sie sich dort, wo sie wohnen, nicht wohl“. Auch bei fast allen der restlichen 15 Befragten beschränken sich die sozialen Kontakte auf andere Familienmitglieder oder Freunde, welche in der näheren Umgebung leben.

Neben der (teilweise vorhandenen) sozialen Isolation sind viele der rumänischen oder bulgarischen Migrant*innen auch mit diskriminierenden Erfahrungen konfrontiert. Knapp über die Hälfte aller Befragten machte die Aussage, dass sie „sich manchmal diskriminiert fühlen“, sei es auf institutioneller Ebene, am Arbeitsplatz oder generell von anderen Menschen.

Einige Originalaussagen von Befragten diesbezüglich: „Ich fühle mich diskriminiert ...“

„...weil ich aus Rumänien komme.“
 „... von deutschen Männern.“
 „... auf meiner Arbeit.“
 „... weil der Arzt mich nicht untersuchen wollte.“
 „... durch die Behörde.“

Besonders problematisch ist im Allgemeinen der Kontakt mit behördlichen Einrichtungen. Die überwiegende Mehrheit der Befragten beklagt sich über teilweise große Schwierigkeiten bei Behördengängen. Diese beginnen schon bei Verständigungsproblemen aufgrund von geringen Deutschkenntnissen und fehlenden Sprachmittler*innen und gehen bis hin zu ablehnender Haltung bzw. diskriminierendem Verhalten von Seiten einiger Sachbearbeiter*innen.

Ebenfalls äußerst bedenklich ist, dass sehr viele der Klient*innen der Anlaufstelle von Amaro Foro e.V. sich überhaupt nicht im klaren sind, was ihre Rechte in Deutschland sind und was ihr rechtlicher Status als EU-Bürger*innen ist.

Kennzeichnend dafür sind auch die Ergebnisse der vorliegenden Befragung, wo fast die absolute Mehrheit aller Befragten der Meinung ist, dass sie kaum Rechte haben. In diesem Zusammenhang besonders bemerkenswert ist außerdem, dass nur 4 von 36 Befragten angegeben haben, dass sie eine weitere Beratungsstelle außer Amaro Foro e.V. kennen und namentlich wurde nur zweimal der Caritas Verband genannt.

3.6. Befragung der Mitarbeiter*innen der Anlaufstelle

Ein Ziel dieser Bedarfsanalyse von Amaro Foro e.V. war es, diese Ungleichheiten zu thematisieren und zu ihrer Bewältigung beizutragen. Dabei bekamen die Klient*innen der Anlaufstelle die Möglichkeit, ihre wichtigsten Anliegen und Wünsche in Bezug auf ihr Leben in Berlin und darüber hinaus in Deutschland zum Ausdruck zu bringen. Parallel fand auch eine informelle Befragung der Mitarbeiter*innen der Beratungsstelle von Amaro Foro e.V. statt, die als Beratende tagtäglich mit den Anliegen und den Problemen von in Berlin lebenden bulgarischen und rumänischen Migrant*innen konfrontiert sind.

Fragestellung für Mitarbeiter*innen der Beratungsstelle von Amaro Foro e.V.:

- 1. Welche sind die häufigsten Anliegen (Probleme), mit denen die Klient*innen in die Beratungsstelle kommen? Gibt es diesbezüglich Unterschiede zwischen bulgarischen und rumänischen Klient*innen?***
- 2. An welche (sozial-)rechtlichen Grenzen stoßt ihr in eurer täglichen Arbeit mit den Klient*innen?***
- 3. Wie würdet ihr die gesetzliche Lage bzw. den Umgang mit Behörden beschreiben?***
- 4. Welche Veränderungen könnten diesbezüglich eure Arbeit erleichtern?***
- 5. Habt ihr weitere Verbesserungsvorschläge, Empfehlungen oder Kommentare?***

Dabei lassen sich der Zugang zum Arbeitsmarkt (Jobsuche, Arbeitslosigkeit, ALG II), die Wohnsituation (Wohnungssuche, Obdachlosigkeit) und die Krankenversicherungsangelegenheiten als häufigste Beratungsthemen feststellen. Auch die Integrationskurse und der Zugang zu Schulungsmaßnahmen und Bildungsmöglichkeiten beschäftigen viele der Klient*innen der Beratungsstelle. Außerdem klagen sie über zu viel Bürokratie und komplizierte bzw. schwer zugängliche Behördensysteme.

Ein Unterschied zwischen den Anliegen der rumänischen und der bulgarischen Klient*innen ist aus Sicht der Mitarbeiter*innen der Beratungsstelle nicht festzustellen.

In ihrer Arbeit bewegen sich die Mitarbeiter*innen der Beratungsstelle im Rahmen der Möglichkeiten, die von der rechtlichen bzw. gesetzlichen Lage vorgegeben sind. Bei der vorliegenden Befragung gaben alle übereinstimmend an, dass die eingeschränkten Deutschkenntnisse von vielen Klient*innen und der Mangel an Sprachmittler*innen die Arbeit in Bezug auf die Kommunikation mit den behördlichen Institutionen erheblich erschweren. Auch die fehlende Rücksichtnahme bzw. das fehlende Verständnis von manchen Sachbearbeiter*innen diesbezüglich wurde bemängelt, was möglicherweise auch auf deren Überbelastung zurückzuführen wäre.

4. Handlungsempfehlungen/Schlusswort

Migrant*innen in Berlin und vor allem neu Zugewanderte sind nach wie vor mit großen Schwierigkeiten sowohl auf sozialer wie auch auf institutioneller Ebene konfrontiert. Wie im aktuellen WSI-Verteilungsmonitor der Hans-Böckler-Stiftung zu lesen ist, lässt sich anhand der neuen Daten des Statistischen Bundesamtes (2016) feststellen, dass 41,9 Prozent der Menschen, die seit 2011 nach Deutschland eingewandert sind, von Einkünften unterhalb der Armutsgrenze leben müssen.¹⁶ Selbst EU-Bürger*innen und insbesondere rumänische und bulgarische Staatsangehörige werden trotz des Freizügigkeitsgesetzes praktisch in verschiedenen Bereichen benachteiligt und sind oft Opfer gesellschaftlicher bzw. institutioneller Diskriminierung.

Aus der Analyse der Befragungsergebnisse sowohl der Klient*innen wie auch der Mitarbeiter*innen der Beratungsstelle von Amaro Foro e.V. ergeben sich aus unserer Sicht einige Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen.

Neu zugewanderte bulgarische und rumänische Staatsbürger*innen sollten beispielsweise praktische, niedrighschwellige Unterstützung bei der Suche nach einer Wohnung oder einer Arbeitsstelle erhalten. Sie benötigen gleichzeitig den entsprechenden staatlichen Schutz vor betrügerischen Vermietungsagenturen bzw. vor ausbeuterischen Arbeitgeber*innen. Auch der Zugang zur Gesundheitsversorgung soll unbedingt optimiert und für EU-Bürger*innen vereinheitlicht werden. Außerdem sollten dringend die medizinischen Angebote für nicht krankenversicherte Menschen ausgeweitet und eine Grundversorgung für alle gewährleistet werden.

Darüber hinaus, um die Behördengänge von Migrant*innen zu erleichtern, ist es besonders wichtig, Dolmetscherin*innen denjenigen zur Verfügung zu stellen, die noch nicht ausreichend deutsch sprechen. Gleichzeitig sind der Ausbau von Sprach- und Integrationskursen und die Beschleunigung des Anmeldeverfahrens äußerst wichtig, wobei auch eine Qualitätsüberprüfung der angebotenen Kurse zu empfehlen wäre. In diesem Zusammenhang wäre außerdem die Sensibilisierung von Sachbearbeiter*innen behördlicher Einrichtungen im Umgang mit Klient*innen ebenfalls zu empfehlen, die die deutsche Sprache noch nicht bzw. nur teilweise beherrschen. Mindestens genau so wichtig scheint in vielen Fällen außerdem eine Sensibilisierung für Antiziganismus zu sein.

¹⁶ http://www.boeckler.de/pdf/wsi_vm_armut_migrationshintergrund.pdf

„Auf mittlere und lange Sicht kommt es hingegen sehr wohl darauf an, die Menschen ausreichend zu qualifizieren, damit sie ihren Unterhalt aus eigener Kraft bestreiten und ein Einkommen erwirtschaften können, das ihnen ein Leben im positiv verstandenen mainstream der Gesellschaft ermöglicht. Dass das in der jüngeren und jüngsten Vergangenheit nicht immer gelungen ist, zeigt der Anteil der Armen unter jenen Migrant/-innen, die vor mehr als einem Vierteljahrhundert nach Deutschland gekommen sind: Von ihnen lebt noch immer über ein Fünftel unterhalb der Armutsgrenze.“

Wie schon erwähnt, sind viele der bulgarischen oder rumänischen Migrant*innen und insbesondere diejenigen, die für Rom*nja gehalten werden, von sozialer und struktureller Diskriminierung betroffen. Aus Sicht von Amaro Foro e.V. ist eine intensive Sensibilisierung der Öffentlichkeit in Bezug auf solche Phänomene sinnvoll und wichtig. Absolut notwendig ist allerdings die Ausweitung von rechtlichen Maßnahmen gegen Diskriminierung in allen unterschiedlichen gesellschaftlichen und institutionellen Bereichen. Siehe hierfür auch den Bericht „Monitoring der Zivilgesellschaft“, der unter Mitwirkung unter anderem von Amaro Foro e.V. entstand.¹⁸

Wie bereits erwähnt ist diese Erhebung nicht repräsentativ und daher nicht abschließend. Wir empfehlen der Senatsverwaltung die Durchführung weiterer Forschung zur Ermittlung der Bedarfe im Sinne einer verbesserten, flächendeckenden und nachhaltigen Unterstützung von neu zugewanderten europäischen Staatsbürger*innen.

Abschließend sollten Organisationen wie Amaro Foro e.V. und andere, die Beratungsangebote und Aufklärungsarbeit für Migrant*innen leisten und zu deren Empowerment beitragen, weiterhin intensiv gefördert und gestärkt werden. Denn nur wenn diese Menschen über ihre Rechte und Verpflichtungen in Bezug auf den Zugang zu Arbeit, Bildung und verschiedenen Dienstleistungen informiert sind, haben sie eine reale Möglichkeit, ihre Lebenssituation zu verbessern und ihre Chancen auf eine bessere Zukunft in Berlin zu erhöhen.

Einige Originalaussagen von Befragten zu der Frage: „Was würden Sie den Politiker*innen sagen wollen?“

„Wir wollen auch arbeiten und hier leben.“
„Jeder Mensch verdient Respekt.“
„Keine Verschärfung (der Gesetze) mehr!“
„Mehr Rechte für EU-Bürger!“
„Bessere Chancen auch für uns!“
„Mehr Sportlokale für Ausländer fördern! Sport stärkt den Charakter des Menschen.“
„Zu viel Bürokratie!“
„Für Ausländer ist es schwer, eine Wohnung zu finden.“
„Ich bin auch ein Mensch.“

¹⁷ http://www.boeckler.de/pdf/wsi_vm_armut_migrationshintergrund.pdf, S. 3.

¹⁸ Monitoring der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der „Integrierten Maßnahmenpakete zur Integration und Teilhabe der Sinti und Roma“ in Deutschland 2012 und 2013, S. 19.

5. Anhang

Fragebogen für Zielgruppe

Der Fragebogen ist anonym. Es müssen nicht alle Fragen gestellt werden und natürlich können Fragen ergänzt werden. Anfangs sollte erklärt werden, welchen Sinn das Interview hat: Man will die Situation kennen lernen und die Betroffenen zu Wort kommen lassen um mit den Informationen auf mögliche Probleme aufmerksam zu machen.

Datum und Ort der Befragung: _____

Seit wann in Berlin: <1 Jahr 1-5 Jahre >5 Jahre >8 Jahre

Männlich/weiblich: M W

Nationalität: BG RO

Alter: <18 19-29 30-44 45-64 > 65

I. Wohnen:

1. Haben Sie eine Wohnung?

Ja Nein

2. Haben Sie einen Haupt- oder Untermietvertrag?

Hauptmietvertrag Untermietvertrag

3. Wie viele Menschen wohnen in der Wohnung?

.....Erwachsene Kinder unter 18 Jahren

4. Wie groß ist Ihre Wohnung?

.... .. Zimmer

5. War es für Sie schwer, eine Wohnung zu finden? Wenn ja, wieso? Was war schwierig?

Ja Nein

.....

6. Wie haben Sie diese Wohnung gefunden?

.....

7. Wie bezahlen Sie Ihre Miete?

Bar → Bekommen Sie eine Quittung? Ja Nein

per Überweisung

8. Haben Sie eine polizeiliche Anmeldung?

Ja Nein

9. Ist eine Anmeldung dort möglich, wo Sie wohnen?

Ja Nein

II. Arbeit:

1. Arbeiten Sie?

Ja Nein

Falls ja, was?

.....

Falls nein, wovon leben Sie?

.....

2. Ist die Beschäftigung nachweisbar?

Ja Nein

3. Arbeiten Sie selbstständig oder abhängig beschäftigt?

Selbstständig Abhängig beschäftigt

4. Was haben Sie in Ihrem Herkunftsland gearbeitet?

.....

5. Wie haben Sie Ihre aktuelle Arbeitsstelle gefunden?

.....

III. Gesundheit:

1. Haben Sie hier in Deutschland eine Krankenversicherung?

Ja Nein

Falls nein, haben Sie im Herkunftsland eine KV?

Ja Nein

Wissen Sie, wo in Berlin Sie zum Arzt gehen können, auch wenn Sie keine KV haben?

Ja Nein

IV. Bildung:

1. Welche Schule haben Sie in Ihrem Herkunftsland besucht (höchste)?

.....

1. Sprechen Sie Deutsch?

Ja Nein

Falls ja, wo haben Sie Deutsch gelernt?

.....

2. Ist die deutsche Sprache für Sie wichtig?

Ja Nein

Falls nein, wieso?

.....

3. Haben Sie bis jetzt einen Sprachkurs besucht?

Ja Nein

Falls ja, wie lange?

.....

Wie haben Sie den Kurs finanziert?

Hat den Kurs Ihnen geholfen, die Sprache zu lernen? Ja Nein

Was war nicht gut am Kurs?

4. Sind Ihnen kostenlose Sprachkurse in Berlin bekannt?

Ja Nein

5. Wenn Sie die Möglichkeit hätten, würden Sie einen Kurs besuchen?

Ja Nein

Falls nein, wieso?

6. Haben Sie Kinder?

Ja Nein

7. Besuchen Ihre Kinder die Kita/Schule?

Ja Nein

Wenn nicht, bitte direkt zu 7.2.

7.1 Falls ja, wie lange schon?

.....

War es schwierig, einen Platz zu finden? Wenn ja, wieso?

.....

In welche Klasse geht Ihr Kind?

Besucht Ihr Kind eine Willkommensklasse oder eine reguläre Klasse?

Willkommensklasse Regelklasse

Welchen Eindruck haben Sie von der Schule/der Kita? Geht es Ihren Kindern dort gut?

.....

Gibt es etwas in der Schule/Kita, was Ihnen nicht gefällt?

.....

Nutzt Ihr Kind außerunterrichtliche Angebote an der Schule, wie Hausaufgabenhilfe oder Musik-, Sportgruppen usw.?

Ja Nein

Wenn ja, welche?

Wenn nicht:

Wünschen Sie sich das für Ihr Kind?

7.1. Falls „Nein“ auf Frage 7:

Seit wann ist Ihr Kind hier?

Möchten Sie, dass Ihr Kind zur Schule/Kita geht? Ja Nein

- Wenn nein, wieso?

Wieso geht Ihr Kind nicht zur Schule/Kita?

.....

V. Integration im Quartier

1. Gibt es guten Kontakt zum Wohnumfeld? (Nachbarn, Bekannte in der Nähe, Orte, an denen man sich gerne aufhält)

Ja Nein

Falls „Nein“ → Wünschen Sie sich welche und wieso? Ja Nein

.....

2. Fühlen Sie sich wohl im Quartier und wieso?

Ja Nein

.....

3. Haben Sie manchmal mit Anfeindungen zu tun?

Ja Nein

4. Fühlen Sie sich manchmal diskriminiert? Wenn ja, von wem?

Ja Nein

.....

5. Welche Rechte haben Sie hier in Deutschland?

.....

6. Wie kommen Sie mit Behördengängen zurecht?

.....

7. Wer hilft Ihnen bei organisatorischen Dingen?

.....

8. Was sind Ihre Zukunftspläne, wollen Sie länger hier bleiben? (Bitte argumentieren wieso)

Ja Nein

.....

.....

VI. Anbindung an Einrichtungen im Quartier

1. Wissen Sie, wo sie sich beraten lassen können zu verschiedenen Anliegen (Arbeit, Wohnen, Soziale Belange)?

Ja Nein

2. Kennen Sie auch andere Beratungsstellen als Amaro Foro? Falls ja, welche?

Ja Nein

.....

.....

9. Kennen Sie auch andere Roma-Organisationen in Berlin als Amaro Foro? Falls ja, welche?

Ja Nein

.....

10. Was würden Sie sich in Ihrem Quartier wünschen?

.....

11. Was würden Sie sich für Ihre Kinder wünschen?

.....

.....

VII. Finanzielle Situation

1. Haben Sie ein Bankkonto?

Ja Nein

2. War es leicht, ein Bankkonto zu eröffnen? Wenn nein, wieso?

Ja Nein

.....

3. Haben Sie Schulden? Wenn ja, wofür?

Ja Nein

.....

4. Wissen Sie, wo Sie sich beraten lassen können, wenn Sie Schulden haben? Wenn ja, wo?

Ja Nein

.....

5. Wie bezahlen Sie Ihre laufenden Kosten/Rechnungen?

Barüberweisung Onlineüberweisung Bar vor Ort/Kundenservice

VIII. Rechtliche Ansprüche

1. Bekommen Sie Kindergeld? Wenn nein, wieso?

Ja Nein

.....

2. Beziehen Sie Sozialleistungen? Wenn ja, welche?

Ja Nein

.....

3. Wieso brauchen Sie diese Hilfe? Was ist Ihnen dabei das Wichtigste?

.....

.....

4. Was hätten Sie ohne diese Hilfe gemacht?

.....

.....

5. Haben Sie das Gefühl, dass die Gesetze letzter Zeit verschärft wurden und wenn ja, wie finden Sie das?

Ja Nein

.....

.....

6. Was würden Sie den Politiker*innen sagen wollen?

.....

.....